

Freies Wort

„Ich weiß, wen ich nicht wähle“

Erschienen im Ressort Ilmenau Lokal am 15.08.2009 00:00

IG „Achtung Hochspannung“ diskutiert mit Landtagskandidaten ein heikles Thema.

„Ich weiß, wen ich nicht wähle“

Behringen - Drei Themenkomplexe hatten Siegfried Kriese von der Interessengemeinschaft "Achtung Hochspannung" zur Diskussion



Die Landtagskandidaten in der Behringer Runde, aber mit unterschiedlichen Meinungen. Foto: br Bild:

am Donnerstagabend mit den Direktkandidaten zur Landtagswahl vorbereitet. Wie halten die Politiker es mit der 380 kV-Leitung im Besonderen? Wie sehen sie die Thüringer Energiezukunft im Allgemeinen? Und was denkt man über das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) der Bundesregierung und den damit einhergehenden demokratischen Einschränkungen für betroffenen Bürger?

"Hat es im Landtag schon einmal eine faire Debatte ohne Zwischenrufe gegeben?", zeigte sich Behringens Ortsbürgermeister Hans-Ulrich Zillmer nach zweieinhalb Stunden Diskussion, in der längst nicht alle Fragen beantwortet werden konnten, zufrieden. Für manchen der knapp einhundert Zuhörer stand aber fest: "Ich weiß, wen ich nicht wähle." Dabei lagen die Politiker in ihren persönlichen Ansichten zumeist gar nicht soweit auseinander. Obwohl sich jene mitunter gravierend von der offiziellen Parteimeinung und damit dem Stimmverhalten in Bund und Land unterschied.

Einfach hatte es da Großbreitenbachs Bürgermeisterin Petra Enders (Die Linke). Seit Jahren in vorderster Front gegen die Trasse kämpfend, machte sie erneut deutlich "Wir lehnen die Leitung ab. Es gibt Alternativen." Klar sprach sich Enders auch gegen Atomstrom aus. "Sauber? Nein, das ist das Gefährlichste, was wir haben." Auch der Errichtung neuer Kohlekraftwerke erteilte sie eine Absage. Stattdessen müsse ein Mix aus alternativen Energien her, dezentral und regional. Zudem sprach sich Enders für eine Übernahme des Leitungsnetzes in kommunale Hand aus, forderte das Ende der Energiemonopole und kritisierte das beschlossene Energieleitungsausbaugesetz, welches diese und andere 380 kV-Leitungen vorsieht und dem Bürger nur noch am obersten Gericht eine Einspruchsmöglichkeit lässt.

Ähnliche Meinungen gab es bei den SPD-Kandidaten Frank Juffa und Eleonore Mühlbauer. Aber sie mussten sich auch anhören, dass ihre Partei im Bund für das Gesetz gestimmt hatte. Juffa sprach sich vor allem für "neue Technologien" aus. Man müsse Möglichkeiten der Energiespeicherung und -einsparung stärker erforschen. Angesichts Erderwärmung und Rückgang der fossilen Brennstoffe sei Forschung nach

Alternativen dringend notwendig.

"Wenn wir unseren eigenen Strom machen, brauchen wir Vattenfall nicht mehr", sagte Leonore Mühlbauer. Sie sieht in Thüringen genug Möglichkeiten, regenerative Energien zu nutzen - zum Beispiel beim Wasser. Zudem habe gerade das Erfurter Kreuz bewiesen, dass innovative Technologien entwickelt werden könnten. "Die Netze gehören in regionale Hand", forderte auch sie. Je mehr Stromanbieter, um so besser.

Den schwersten Stand hatte CDU-Landtagsabgeordneter Klaus von der Krone. "Ich beschäftige mich nicht mit Wirtschaft und Energie", entschuldigte er sich zunächst. "Eigentlich sollte Michael Krapp hier sitzen." Die CDU befürworte dezentrale Energieversorgung mit einem Mix aus regenerativer Energien. Allerdings, wie man ihm vorhielt, nur zu 25 Prozent des gesamten Stromverbrauchs. Windräder seien für ihm aber eher ein wunder Punkt. Dafür, so erklärte der Ichtershäuser Bürgermeister, plane seine Kommune, die Installation von Solarmodulen auf zunächst 25 Dächern.

"Die Freien Wähler haben eine recht gespaltene Meinung. Dort, wo man betroffen ist, und dort, wo nicht. „In manchen Gegenden wusste man gar nichts davon“, bekannte Rainer Röhner. Als Mitarbeiter im Ilmenauer Biomassekraftwerk ist er mit dem Thema, Energiegewinnung bestens vertraut. "Alle Atomkraftwerke abschalten", so seine Forderung. Kohlekraftwerke sieht er hingegen noch als notwendig an. „In der jetzigen Form lehne ich die 380-kV-Leitung ab." Stattdessen empfahl Röhner "Von Ilmenau lernen, heißt siegen lernen", mit Blick auf die Überlegungen zur autarken Stromerzeugung für den Campus.

"Wir wollen 100 Prozent alternative Energie", forderte Roberto Krogel. Energieversorgung gehöre in viele, öffentliche Hände. „Wenn für drei Kilometer eine Erdverkabelung möglich ist, warum dann nicht für 30 Kilometer?“, fragte er zur 380 kV-Leitung und mahnte mehr Protest, aber auch einen Wechsel in der Landespolitik an.

Die IG will weiterkämpfen, zunächst für eine öffentliche Anhörung der rund eintausend beim Landesverwaltungsamt eingegangenen Widersprüche und Anmerkungen zur Tasse. Sollte trotzdem eine Baugenehmigung erteilt werden, will man vor Gericht gehen. Zudem wünscht sich die IG eine wissenschaftliche Debatte über die Notwendigkeit der Leitung und ihre Alternativen. Den Wunsch an die künftige Landesregierung, wie immer sie ab September aussehen werde, machte Peer Schulze von der Bürgerinitiative deutlich: "Bitte eine Sachpolitik im Interesse des Landes und seiner Bürger."

Von Berit Richter

Alle Rechte vorbehalten.
